

- 6) Frau Böschen bittet um einen Sachstandsbericht zum **integrierten Personalentwicklungskonzept**.
- 7) Frau Böschen bittet um einen **Bericht zum Sponsoring an Schulen**.
- 8) Herr Bürger bittet um einen Bericht hinsichtlich der Probleme bei der Erteilung des **Bilingualen Geschichtsunterrichts**.
- 9) Frau Stahmann bittet um einen Bericht zur Kooperation der **GyO mit dem AWI in Bremerhaven**.
- 10) Senator Lemke kündigt einen Bericht zur Kooperation zwischen **einer Gymnasialen Oberstufe und den bremischen Hochschulen (Luft- und Raumfahrtprofil)** an.

Senator Lemke sagt eine Beantwortung der offenen Fragen zur nächsten Sitzung zu.

TOP 4 Änderung der Ordnungsmaßnahmenverordnung

Vorlage L 157

Herr Rohmeyer begrüßt die Neuregelungen bezüglich der Ordnungsmaßnahmen. Frau Stahmann fordert, dass die Schulen stärker die Verantwortung für die ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler übernehmen sollten. Auch sollten die Schülerinnen und Schüler mehr Verantwortung erhalten. Schulverweise seien kein adäquates Mittel, vielmehr sollte durch den Dialog und nicht durch Ordnungsmaßnahmen versucht werden, eine Verhaltensänderung bei Schülerinnen und Schüler zu erreichen. Frau Hövelmann weist darauf hin, dass es sich mit dieser Vorlage um den Aufschlag für das Beteiligungsverfahren handle. Sie regt an, sich die Rückmeldungen der Praktiker genau anzusehen. Herr Maurer (Gesamt-schülerversammlung) vertritt die Auffassung, dass der Unterrichtsausschluss häufig einen gegenteiligen Effekt habe. Seiner Ansicht nach sollte der Dialog verstärkt werden. Frau Kiese (Zentralelternbeirat) stimmt der Vorlage trotz einiger Bedenken zu. Sie betont, dass sie auf ein verantwortungsbewusstes Umgehen der Lehrkräfte mit diesen Mitteln vertraue. Frau von Ilsemann erläutert, dass die Schulen die Verantwortung für ausgeschlossene Schüler übernehmen müssen. Dies müsse von den Schulen allerdings auch leistbar sein, nicht jeder Schule stünden entsprechende Möglichkeiten zur Verfügung. Wichtig sei auch der Schutz bedrohter Schüler. Sie spricht sich dafür aus, hierzu die Anregungen der Praktiker abzuwarten. Wesentlicher Bestandteil müssten, wie in Bremerhaven bereits erprobt, Kontrakte mit den Betroffenen sein.

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt die beabsichtigte Änderung der Ordnungsmaßnahmenverordnung zur Kenntnis und stimmt dem vorgeschlagenen Verfahren zu.

TOP 5 Zuwendungsbericht 2004

Vorlage L 158 / G 128

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt die Daten für den Zuwendungsbericht 2004 zur Kenntnis.